

## Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

**Stellungnahme des Senats  
zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Juli 2016  
„Verstärkung zentraler Ansätze im Einzelplan 9.2 –  
Umfassende Berichterstattung über Verwendung der Mehrbedarfe  
zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen  
und projektbezogene Beantragung der Mittel für die digitale Stadt notwendig“  
(Drucksache 21/5235)**

### 1. Anlass und Zweck der Mitteilung

Die Bürgerschaft hat den Senat mit Drucksache 21/5235 in Bezug auf die Verwendung der Mehrbedarfe zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen ersucht,

1. in Bezug auf die Mehrbedarfe zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen der Bürgerschaft zukünftig jährlich zum Ende des 1. Quartals über die Inanspruchnahme der Finanzierungsbeiträge der Einzelpläne, den Abfluss der Mittel aus den zentralen Positionen für konsumtive und investive Mehrbedarfe und die Verteilung auf die begünstigten Produktgruppen im Vorjahr zu berichten und

a. dabei unter Bezugnahme auf die in der Drucksache 21/1395 dargestellten Mehrbedarfe darzustellen, wofür die Mittel verwendet worden sind,

b. darzustellen, welche Auswirkungen die Verwendung zusätzlicher Mittel auf die von der Bürgerschaft im Haushaltsplan beschlossenen Kennzahlen hat,

c. darzustellen, wie viele Mittel aus den neu geschaffenen Positionen im jeweiligen Jahr ins-

gesamt abgeflossen beziehungsweise durch bestehende Verträge bereits gebunden sind,

d. zu berichten, in welchem Umfang und für welchen Verwendungszweck Hamburg Mittel des Bundes für die Bewältigung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im jeweiligen Jahr zuflossen. Dabei sind folgende Punkte gesondert darzustellen:

i. Art und Dauer unentgeltlich bereitgestellter Flächen und Liegenschaften,

ii. Art und Umfang weiterer unentgeltlicher personeller und materieller Unterstützung,

iii. Höhe der Mittel, die die Freie und Hansestadt Hamburg aus der seit dem 1. Januar 2016 geltenden Spitzabrechnung gemäß Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz erhalten hat.

iv. Höhe weiterer Mittel, die der Freien und Hansestadt Hamburg gegebenenfalls auf Grund weiterer Vereinbarungen mit dem Bund zugeflossen sind.

Mit dem Haushaltsplan 2019/2020 sind die von der Bürgerschaft seit dem Haushaltsjahr 2015 an zentraler Stelle im Einzelplan 9.2 ermächtigten Ansätze für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen grundsätzlich dezentral veranschlagt worden. Die Ermächtigungen folgen damit dem in den Einzelplänen der zuständigen Behörden und Ämter gegebenen konkreten Leistungszweck, sodass die mit diesem Ersuchen geforderte Konkretisierung der Mittelverwendung einschließlich der Kennzahlenentwicklung in Bezug auf die zentralen Ermächtigungen nicht mehr erforderlich ist. Insofern beantwortet der Senat das Ersuchen mit dieser Drucksache im Hinblick auf die Verwendung der für das Haushaltsjahr 2018 bewilligten Mittel abschließend.

Auf Grund der erbetenen Berichterstattung bis Ende des 1. Quartals basiert dieser Bericht auf den aktuell vorliegenden Erkenntnissen. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2018 können sich noch weitere Anpassungen ergeben.

## 2. Mittelverwendung (Nrn. 1a und 1c des Ersuchens)

Im Haushaltsplan 2018 stehen inklusive übertragener Ermächtigungen und Nachbewilligungen (siehe Drucksache 21/13971 und 21/14556) insgesamt 245,6 Mio. Euro für konsumtive Mehrbedarfe und 66 Mio. Euro für investive Mehrbedarfe zur Verfügung, die im Umfang von rund 203,9 Mio. Euro auf die Produktgruppen (konsumtiv) sowie im Umfang von rund 39,8 Mio. Euro auf die Aufgabenbereiche (investiv) übertragen wurden.

Aus der Übersicht zur Mittelverwendung im Einzelnen (siehe Anlage 1) ergibt sich, dass die konsumtiven Mittel im Wesentlichen zum Ausgleich von Mehrbedarfen im Bereich der Erstaufnahmeeinrichtungen (rund 112 Mio. Euro), der Öffentlich-rechtlichen Unterbringung (rund 24 Mio. Euro) sowie im Bereich der Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (38 Mio. Euro) und der kommunalen Leistungen nach dem SGB II (12 Mio. Euro) verwendet wurden. Die bereitgestellten Investitionsmittel u.a. für die Herrichtung von zusätzlichen Kapazitäten in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung wurden im Umfang von rund 37 Mio. Euro auf den Aufgabenbereich „Soziales“ im Einzelplan 4 sowie im Umfang von rund 2 Mio. Euro auf den Aufgabenbereich „Einwohner-Zentralamt“ im Einzelplan 8.1 übertragen.

Darüber hinaus konnten zuwanderungsbedingte Mehrkosten zunächst im Rahmen vorhandener Kostenermächtigungen aufgefangen werden. Die in 2018 noch nicht in Anspruch genommenen Ermächtigungen werden in dem benötigten Umfang

auch in 2019 weiterhin zur Verfügung stehen. Im Bereich der konsumtiven Ermächtigungen betrifft dies insbesondere auch Maßnahmen im Rahmen der Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit sowie der Integrationsarbeit (21/14468). Die im Bereich der investiven Ermächtigungen verbleibenden Mittel sind überwiegend bereits für konkrete Maßnahmen im Bereich der Folgeunterbringung vorgesehen.

## 3. Änderungen von Kennzahlenwerten (Nr. 1b des Ersuchens)

Die im Zusammenhang mit der Verwendung zusätzlicher Mittel eingetretenen Änderungen von Kennzahlenwerten sowie deren Begründungen sind in Anlage 2 dargestellt.

## 4. Beteiligung des Bundes (Nr. 1d des Ersuchens)

Der Bund hat sich im Jahr 2018 mit rund 176 Mio. Euro an den zuwanderungsbedingten Kosten beteiligt. Die Erstattung erfolgt überwiegend im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung (rund 121 Mio. Euro, u.a. Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen). Weitere Zuweisungen sind direkt in die zuständigen Einzelpläne 4 und 6.1 (rund 55 Mio. Euro, u.a. für die Kosten der Unterkunft nach SGB II und den sozialen Wohnungsbau) erfolgt.

Detaillierte Angaben hierzu sind der Anlage 3 zu entnehmen.

## 5. Petitum

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle von den Ausführungen in dieser Drucksache Kenntnis nehmen.

## Anlagen

### Anlage 1:

Verwendung zentraler Mittel für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen (2018)

### Anlage 2:

Änderungen von Kennzahlenwerten auf Grund der Flüchtlingsentwicklung (2018)

### Anlage 3:

Leistungen des Bundes (2018)

Verwendung zentraler Mittel für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen (2018)

Behörde / Amt	Epi.	Aufgabenbereich/ Bezeichnung		Kontenbereich	Betrag (in Tsd. Euro)	Art der Mittel konsumtiv/ investiv	Nr. in Drs. 21/1395	Mittelverwendung
		Numerik	Bezeichnung					
<b>Bezirksamt Hamburg-Mitte</b>								
BA M	1.2	PG 207.02	Sozialraummanagement (SR)	Globale Mehrkosten Kosten für Transferleistungen	432,2 281,1	konsumtiv konsumtiv	2.5	Aufstockung Quartierfonds (Drs. 21/2550 und 21/7486)
<b>Bezirksamt Altona</b>								
BA A	1.3	PG 211.02	Sozialraummanagement (SR)	Globale Mehrkosten Auszahlungen für Baumaßnahmen Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	111,4 382,4 181,5 20,0	konsumtiv investiv investiv investiv	2.5	Aufstockung Quartierfonds (Drs. 21/2550 und 21/7486)
<b>Bezirksamt Eimsbüttel</b>								
BA E	1.4	PG 213.02	Zentraler Ansatz Bezirksamt	Globale Mehrkosten	28,4	konsumtiv	2.5	Aufstockung Quartierfonds (Drs. 21/2550 und 21/7486)
<b>Bezirksamt Hamburg-Nord</b>								
BA N	1.5	PG 219.02 PG 220.03	Sozialraummanagement (SR) Management des öffentlichen Raumes (MR)	Globale Mehrkosten Globale Mehrkosten	269,4 190,0	konsumtiv konsumtiv	2.5	Aufstockung Quartierfonds (Drs. 21/2550 und 21/7486)
<b>Bezirksamt Wandsbek</b>								
BA W	1.6	PG 223.02	Sozialraummanagement (SR)	Globale Mehrkosten	150,0	konsumtiv	2.5	Bü. Ersuchen Integrationsarbeit (21/14468)
BA W	1.6	PG 223.03	Jugend-, Familienhilfe (JA)	Globale Mehrkosten	100,0	konsumtiv	2.5	Aufstockung Quartierfonds (Drs. 21/2550 und 21/7486)
<b>Bezirksamt Bergedorf</b>								
BA B	1.7	PG 225.02 PG 227.02	Zentraler Ansatz Bezirksamt Sozialraummanagement (SR)	Globale Mehrkosten Globale Mehrkosten	159,7 778,6	konsumtiv konsumtiv	2.5	Aufstockung Quartierfonds (Drs. 21/2550 und 21/7486)
<b>Bezirksamt Harburg</b>								
BA H	1.8	PG 231.02 PG 231.03	Sozialraummanagement (SR) Jugend-, Familienhilfe (JA)	Globale Mehrkosten Globale Mehrkosten	291,7 31,4	konsumtiv konsumtiv	2.5	Aufstockung Quartierfonds (Drs. 21/2550 und 21/7486)
<b>Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung</b>								
BWFG/SUS	3.2	PG 246.01	Steuerung und Service	Globale Mehrkosten	55,0	konsumtiv	2.8.6	Bü. Ersuchen Integrationsarbeit (21/14468)
<b>Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration</b>								
BASFI / 252 Z	4	PG 252.01	Steuerung und Service	Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.495,2	konsumtiv	Übergreifend, da Serviceleistungen für alle in der Drs. ent- haltenen Personal- mehrbearbeite und ZKF inkl. Ombudsstelle	Sachkosten des ZKF inkl. Ombudsstelle sowie Arbeitsplatzkosten des flüchtlingsbedingten Personals in Form der BAP

## Verwendung zentraler Mittel für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen (2018)

Behörde / Amt	Epl.	Aufgabenbereich/ Bezeichnung		Kontenbereich	Betrag (in Tsd. Euro)	Art der Mittel konsumtiv/ investiv	Nr. in Drs. 21/1395	Mittelverwendung
		Numerik						
BASFI / 253 SI	4	PG 253.02	Hilfen zur Existenzsicherung	Kosten für Transferleistungen	37.800,0	konsumtiv	2.4	Zuwanderungsbedingte Mehrkosten im Bereich der Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Grundleistungen, Krankenhilfe, Kosten der Unterkunft)
					12.200,0	konsumtiv	2.4	Zuwanderungsbedingte Mehrkosten im Bereich der Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylberechtigte nach SGB II
		PG 253.03	Wohnungslosenhilfe und öffentliche Unterbringung	Sonstige Kosten	23.600,0	konsumtiv	2.2	Kosten aus der Erstattung an die BIS für die Unterbringung von Flüchtlingen in der zentralen Erstaufnahme im Rahmen der Folgeunterbringung nach Ablauf der Residenzpflicht, auch hausintern relevante Verrechnungen für abgeordnetes Personal beim ZKF.
BASFI / 254 FS	4	PG 254.02	Kinder- und Jugendarbeit	Kosten für Transferleistungen	1.100,0	konsumtiv	2.3	Betrieb zusätzlicher Spielmobile bzw. Ausweitung der Nutzung bestehender Spielmobile (21/2220; 21/5859).
								Ausweitung der Infrastrukturangebote Kinder- und Jugendarbeit
		PG 254.03	Familienförderung	Kosten für Transferleistungen	900,0	konsumtiv	2.3	Vormundschaften für Unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) bei freien Trägern Ausweitung der Infrastrukturangebote Familienförderung Ausweitung bei den Familienteams
BASFI / 255 AI	4	PG 254.05	Bereichsübergreifende Hilfen/Leistungen	Personalkosten	409,2	konsumtiv	2.3	Mehrkosten Amtsvormünder UMA
				Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.056,7	konsumtiv	2.8.8	21/2382 Projekt "W.I.R. - work and integration for refugees"
		PG 255.02	Arbeitsmarktpolitik	Kosten für Transferleistungen	4.609,8	konsumtiv	2.8.8	Förderung der Integration Jugendlicher in Ausbildung/Beschäftigung (insbesondere JBA), Flankierende Beratung von Langzeitarbeitslosen und Beschäftigung im soz. Arbeitsmarkt, Flankierende Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Kofinanzierung STAFFEL, 21/2382 Projekt "W.I.R. - work and integration for refugees"
			Kosten aus Abschreibungen	6,4	konsumtiv	2.8.8	Folgekosten aus Investitionen W.I.R.	
			Sonstige Kosten	389,2	konsumtiv	2.8.8	21/2382 Projekt "W.I.R. - work and integration for refugees"	

Verwendung zentraler Mittel für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen (2018)

Behörde / Amt	Epl.	Aufgabenbereich/ Bezeichnung		Kontenbereich	Betrag (in Tsd. Euro)	Art der Mittel konsumtiv/ investiv	Nr. in Drs. 21/1395	Mittelverwendung
		Numerik	Bezeichnung					
BASFI / 255 AI	4			Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	357,0	konsumtiv	2.8.2, 2.8.5, 2.8.6	Rückkehrförderung, 21/1354 Forum Flüchtlingshilfe 20/7049 Sprachförderangebote, Rückkehrförderung, Beratungsangebote für Flüchtlinge, 21/1354 Forum Flüchtlingshilfe; 21/2196 u. 21/5039 Förderung demokr. Kultur u. Zusammenhalt, hier Prävention religiöser Extremismus, 21/2379; 21/4174 Hilfs- und Beratungsangebote "Geflüchtete Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen", 21/6163 Abrigo - Begründung von Mietverhältnissen für insbesondere besonders schutzbedürftige Geflüchtete der Personengruppe LSBTTI, 21/4891 Stop - Stadtteile ohne Partnergewalt, 21/4697 Patriarchalische Rollenbilder aufbrechen Beratungsangebote für Flüchtlinge, Forum Flüchtlingshilfe
		PG 255.03	Integration, Opferschutz, Zivilgesellschaft	Kosten für Transferleistungen	3.644,0	konsumtiv	2.8.1, 2.8.2, 2.8.3, 2.8.5, 2.8.6	
		<b>Summe konsumtiv Einzelplan 4</b>		Sonstige Kosten	7,0	konsumtiv	2.8.2, 2.8.3, 2.8.5, 2.8.6	
BASFI / 253 SI	4	AB 253	Soziales	Investitionen	37.200,0	investiv	2.2	Herrichtung von Standorten für die Folgeunterbringung. Die Bürgerschaftsermächtigung 2018 wurde nicht in Anspruch genommen.
		<b>Summe investiv Einzelplan 4</b>			<b>37.200,0</b>			
<b>Behörde für Inneres und Sport</b>								
BIS / Amt A	8.1	272.01	Steuerung und Service	Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	375,7	konsumtiv	2.1	Im Amt für Innere Verwaltung und Planung sind höhere IT-Kosten - bedingt durch die Einstellung neuer Mitarbeiter für den Betrieb der Ausländerabteilung des Einwohner-Zentralamtes (EZA), die verschiedenen Erstaufnahme(EA)-Standorte und den Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge (ZKF) - entstanden.
BIS / Amt A	8.1	272.03	Sport	Personalkosten	236,4	konsumtiv	2.1	Im Amt für Innere Verwaltung und Planung sind Personalkosten aufgrund der Einstellung von Personal in der IT-Abteilung sowie im Referat für Grundsatzangelegenheiten des Aufenthalts-, Staatsangehörigkeits- und Personenstandsrechts angefallen.
BIS / Amt V	8.1	273.01	Verfassungsschutz	Kosten für Transferleistungen	475,0	konsumtiv	2.1	Die Mittel wurden für Integrationsmaßnahmen und -projekte im Hamburger Sport beziehungsweise von Hamburger Sportvereinen und -verbänden gemäß Drs. 21/5073 verwendet.
				Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	1,9	konsumtiv	2.1	Die Kosten sind im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Salafismusprävention entstanden (siehe auch Drs. 21/5039).
				Personalkosten	386,7	konsumtiv	2.1	Die Personalkosten sind durch die Einstellung von Personal im Landesamt für Verfassungsschutz angefallen, um Maßnahmen im Rahmen der Salafismusprävention durchführen bzw. begleiten zu können (siehe Drs. 21/5039).

## Verwendung zentraler Mittel für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen (2018)

Behörde / Amt	Epl.	Aufgabenbereich/ Bezeichnung		Kontenbereich	Betrag (in Tsd. Euro)	Art der Mittel konsumtiv/ investiv	Nr. in Drs. 21/1395	Mittelverwendung
		Numerik	Service					
BIS / Amt E	8.1	274.01	Service	Personalkosten	1.039,2	konsumtiv	2.1	Mehrbedarfe aufgrund von Personaleinstellungen im Unterdanzbereich. Die hohen Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit resultieren aus den Sachkosten für den Betrieb der EA in 2018. Neben Mietkosten für Standortflächen sowie für Container zur Unterbringung von Flüchtlingen in den EA und Bewirtschaftungskosten (Strom, Gas, Heizöl, Abfall und Entsorgung u. ä.) für die EA-Standorte sind insbesondere Kosten für die Objektsicherung, die Verpflegung von Flüchtlingen sowie Betreiberkosten und Dolmetscherleistungen angefallen. Darüber hinaus wurde mit dem Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen eine Vereinbarung zur vorzeitigen Rückgabe und Übernahme von nicht mehr benötigten EA-Standorten in Verbindung mit einer Einmalzahlung getroffen. Die Mehrkosten resultieren aus Personalaufstockungen.
BIS / Amt E	8.1	274.03	Ausländerangelegenheiten	Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit	83.309,4	konsumtiv	2.1	Die Mehrkosten resultieren insbesondere aus der Abschreibung des Anknüpfungszentrums seit April 2016, der außerplanmäßigen Abschreibung von Holzhäusern in 2018 sowie weiterer in 2016 außerplanmäßig getätigter Investitionen im Zusammenhang mit den EA (insbesondere Holzhäuser und Sanitärcontainer). Die Mehrkosten resultieren insbesondere aus der Bildung von Rückstellungen, Aufwendungen aus Anlagenabgängen durch den Verkauf von Holzhäusern unterhalb des Restbuchwertes, der Erstattung an das Bezirksamt Altona für ärztliche Leistungen und periodenfremde Aufwendungen aus 2017. Die Personalkosten sind durch die Einstellung von Personal im Landeskriminalamt angefallen, um Maßnahmen im Rahmen der Saferismoprävention durchführen bzw. begleiten zu können (siehe Drs. 21/50339).
				Personalkosten	3.120,0	konsumtiv	2.1	Die Mehrkosten resultieren insbesondere aus der Abschreibung des Anknüpfungszentrums seit April 2016, der außerplanmäßigen Abschreibung von Holzhäusern in 2018 sowie weiterer in 2016 außerplanmäßig getätigter Investitionen im Zusammenhang mit den EA (insbesondere Holzhäuser und Sanitärcontainer). Die Mehrkosten resultieren insbesondere aus der Bildung von Rückstellungen, Aufwendungen aus Anlagenabgängen durch den Verkauf von Holzhäusern unterhalb des Restbuchwertes, der Erstattung an das Bezirksamt Altona für ärztliche Leistungen und periodenfremde Aufwendungen aus 2017. Die Personalkosten sind durch die Einstellung von Personal im Landeskriminalamt angefallen, um Maßnahmen im Rahmen der Saferismoprävention durchführen bzw. begleiten zu können (siehe Drs. 21/50339).
				Kosten aus Abschreibungen	2.787,0	konsumtiv	2.1	Die Mehrkosten resultieren insbesondere aus der Bildung von Rückstellungen, Aufwendungen aus Anlagenabgängen durch den Verkauf von Holzhäusern unterhalb des Restbuchwertes, der Erstattung an das Bezirksamt Altona für ärztliche Leistungen und periodenfremde Aufwendungen aus 2017. Die Personalkosten sind durch die Einstellung von Personal im Landeskriminalamt angefallen, um Maßnahmen im Rahmen der Saferismoprävention durchführen bzw. begleiten zu können (siehe Drs. 21/50339).
				Sonstige Kosten	21.120,3	konsumtiv	2.1	Die Mehrkosten resultieren insbesondere aus der Bildung von Rückstellungen, Aufwendungen aus Anlagenabgängen durch den Verkauf von Holzhäusern unterhalb des Restbuchwertes, der Erstattung an das Bezirksamt Altona für ärztliche Leistungen und periodenfremde Aufwendungen aus 2017. Die Personalkosten sind durch die Einstellung von Personal im Landeskriminalamt angefallen, um Maßnahmen im Rahmen der Saferismoprävention durchführen bzw. begleiten zu können (siehe Drs. 21/50339).
BIS / Amt P	8.1	275.12	Kriminalpolizei	Personalkosten	597,1	konsumtiv	2.1	Die Mehrkosten resultieren insbesondere aus der Bildung von Rückstellungen, Aufwendungen aus Anlagenabgängen durch den Verkauf von Holzhäusern unterhalb des Restbuchwertes, der Erstattung an das Bezirksamt Altona für ärztliche Leistungen und periodenfremde Aufwendungen aus 2017. Die Personalkosten sind durch die Einstellung von Personal im Landeskriminalamt angefallen, um Maßnahmen im Rahmen der Saferismoprävention durchführen bzw. begleiten zu können (siehe Drs. 21/50339).
				<b>Summe konsumtiv Einzelplan 8.1</b>	<b>113.448,7</b>			
BIS / Amt E	8.1	274	Einwohner-Zentralamt	Sonstige Investitionen	2.035,9	investiv	2.1	Die Mehrbedarfe resultieren insbesondere aus letzten Umbaumaßnahmen im Anknüpfungszentrum, der Begleichung von Honorarschlussrechnungen sowie der Erfügung des Ausreisewechsams am Flughafen zur Rückführungseinrichtung.
				<b>Summe investiv Einzelplan 8.1</b>	<b>2.035,9</b>			
				<b>Gesamtsumme konsumtiv</b>	<b>203.902,0</b>			
				<b>Gesamtsumme investiv</b>	<b>39.819,8</b>			

Änderungen von Kennzahlenwerten aufgrund der Flüchtlingsentwicklung (2018)

Behörde / Amt	Epl.	PG	Nr. in Drs. 21/1395	Kennzahlenwerte					Erläuterung
				Kennzahl (Nummer)	Kennzahl (Bezeichnung)	Einheit	Plan	Ist	
<b>Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration</b>									
BASF / SI	4	253.02	2.4	B_253_02_011	Durchschnittliche Anzahl Transferleistungsempfänger pro Monat nach dem AsylbLG	ANZ	11.653	11.517	Die Anzahl der Empfänger von laufenden Leistungen nach dem AsylbLG ist im Jahresverlauf kontinuierlich gesunken und hat zum Jahresende den niedrigsten Stand im Jahr 2018 erreicht. Die Entwicklung ist im Wesentlichen durch das niedrigere Niveau an Neuzugängen begründet.
BASF / SI	4	253.02	2.4	B_253_02_016	Durchschnittliche Pro-Kopf-Ausgaben pro Monat nach dem AsylbLG (ab 2015 ohne KdU + inkl. Krankenhilfe)	EUR	533	576	Der Anstieg der durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben pro Monat im Bereich der Hilfen nach dem AsylbLG (ohne KdU) ist überwiegend durch die im Vergleich zur Gesamtzahl der Leistungsempfänger überproportionale Reduzierung der Empfängeranzahl begründet, die in einer Erstaufnahmeeinrichtung neben den Sachleistungen lediglich den Barbetrag zur persönlichen Verfügung erhalten.
BASF / SI	4	253.02	2.4	B_253_02_021	Durchschnittliche Pro-Kopf-Ausgaben für KdU pro Monat - AsylbLG	EUR	128	399	Der Anstieg der durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben für KdU pro Monat im Bereich der Hilfen nach dem AsylbLG ist überwiegend durch die Anhebung der Gebühren in der öffentlichen Unterbringung begründet, die in den Folgeunterkünften als KdU anerkannt werden. Im Übrigen ist der Anteil der Personen deutlich gesunken, die in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht sind und für die keine KdU anfallen, weil im Rahmen der Sachleistung keine Gebühren erhoben werden.
BASF / SI	4	253.03	2.2	B_253_03_007	Anzahl der Plätze zur öffentlichen Unterbringung zum Berichtsstichtag	ANZ	14.038	34.227	Die Anzahl der Plätze der öffentlichen Unterbringung hat sich gegenüber dem Vorjahr bedarfsbezogen durch die Inbetriebnahme von Standorten nach Abschluss der Herrichtung erhöht.
BASF / SI	4	253.03	2.2	B_253_03_010	Anzahl der durch Zuwanderer genutzten Plätze	ANZ	10.636	26.575	Auf Grund der hohen Anzahl an Zuwanderern in den Vorjahren liegt der Kennzahlenwert über dem Planwert.
BASF / AI	4	255.03	2.8.1	B_255_03_003	Teilnehmende an Sprachkursen	ANZ	703	932	Aufgrund der sinkenden Zugangszahlen von Geflüchteten hat sich der Bedarf an Sprachförderangeboten für diese Gruppe gegenüber den Vorjahren quantitativ reduziert. Demgegenüber steht die qualitative Ausweitung der individuellen Förderung, um die Chancen auf Integration in Arbeit und Ausbildung weiter zu verbessern.

## Änderungen von Kennzahlenwerten aufgrund der Flüchtlingsentwicklung (2018)

Behörde / Amt	Epl.	PG	Nr. in Drs. 21/1395	Kennzahlenwerte					
				Kennzahl (Nummer)	Kennzahl (Bezeichnung)	Einheit	Plan	Ist	Erläuterung
BASF / AI	4	255.03	2.8.2	B_255_03_004	Anzahl der Rückkehrenden	ANZ	340	650	Die überplanmäßige Zahl der Rückkehrenden resultiert aus der zum Zeitpunkt der Planaufstellung nicht absehbaren Zuwanderungsentwicklung durch die Geflüchteten.
<b>Behörde für Inneres und Sport</b>									
BIS / Amt E	8.1	274.01	2.1	B_274_01_001	VZÄ der Produktgruppe Service im Verhältnis zu VZÄ gesamt des Aufgabenbereichs	%	21,0	15,1	Aufgrund von Personalaufstockungen in der Produktgruppe 274.03 hat sich das Verhältnis zur Produktgruppe 274.01 verändert.
BIS / Amt E	8.1	274.01	2.1	B_274_01_002	Anteil der Kosten der Produktgruppe im Verhältnis zu den Gesamtkosten des Aufgabenbereichs	%	8,0	3,5	Aufgrund der hohen Kosten der Erstaufnahmeeinrichtungen haben sich die Gesamtkosten des Aufgabenbereichs überproportional im Verhältnis zu den Kosten der Produktgruppe 274.01 erhöht.
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_001	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei der Bearbeitung von Visaanträgen	Tage	55	73	Die Erhöhung der durchschnittlichen Verfahrensdauer bei der Bearbeitung von Visaanträgen ggü. dem Planwert beruht insbesondere auf einer gestiegenen Antragszahl (siehe auch Kennzahl B_274_03_002 "Neueingänge von Visaanträgen"). Im Übrigen ist die Verfahrensdauer bei der Bearbeitung von Visaanträgen nicht nur von den Personalressourcen abhängig, sondern auch von dem Vorliegen vollständiger Unterlagen (z. B. Urkunden) sowie des von den Auslandsvertretungen benötigten Zeitraums zur Überprüfung der Echtheit dieser Unterlagen. Es ist geplant, den Bereich personell zu verstärken, um die durchschnittliche Verfahrensdauer insbesondere beim Familiennachzug zu senken.
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_002	Neueingänge von Visaanträgen	Anzahl	4.900	9.160	Die hohe Zahl der Neueingänge von Visaanträgen hängt mit der Anzahl der Asylanerkennungen von Flüchtlingen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem unter bestimmten Voraussetzungen bestehenden Anspruch von Ehegatten- und Kindernachzug zusammen. Im Übrigen ist die Verfahrensdauer bei der Bearbeitung von Visaanträgen nicht nur von den Personalressourcen abhängig, sondern auch von dem Vorliegen vollständiger Unterlagen (z.B. Urkunden) sowie des von den Auslandsvertretungen benötigten Zeitraums zur Überprüfung der Echtheit dieser Unterlagen.



noch Anlage 2

Änderungen von Kennzahlenwerten aufgrund der Flüchtlingsentwicklung (2018)

Behörde / Amt	Epl.	PG	Nr. in Drs. 21/1395	Kennzahlenwerte					Erläuterung
				Kennzahl (Nummer)	Kennzahl (Bezeichnung)	Einheit	Plan	Ist	
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_004	Betreute Personen	Anzahl	28.558	15.471	Die Ursache für die Abweichung vom Planwert ist im deutlich gesunkenen Zugang von Flüchtlingen begründet. Der aus vorhergehenden Jahren resultierende erhöhte Bestand von Asylbewerbern konnte durch Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis weiter abgearbeitet und in die Zuständigkeit der Bezirke überführt werden. Darüber hinaus führte die erhöhte Anzahl an Rückführungen zu einer Reduzierung des Wertes.
BIS / Amt E	8.1	274.03	Nr. 2.1	B_274_03_005	Durchschnittliche Kosten pro betreuter Person	Euro	300	599	Aufgrund der geringeren Anzahl betreuter Personen als ursprünglich geplant und eines hohen Anteils an fixen Kosten (insbesondere Mietkosten), steigen die durchschnittlichen Kosten pro betreuter Person (siehe auch Kennzahl B_274_03_004).
BIS / Amt E	8.1	274.03	Nr. 2.1	B_274_03_006	Durchschnittliche Wartezeit bei Vorsprachen	Minuten	60	83	Die Wartezeiten im Bereich Allgemeine Aufenthaltsangelegenheiten resultieren sowohl aus einem weiterhin hohen Vorsprachenbedarf von Inhabern von Aufenthaltsgestattungen und Duldungsinhabern als auch aus dem Anstieg der Kundenvorsprachen aufgrund einer vorübergehenden Unterstützung der Bezirke bei der Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen und einer Überprüfung von Identitätspapieren für das BAMF.
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_007	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis	Monate	5	12	Die Ursache für die Überschreitung des Planwerts ergibt sich aus dem hohen Arbeitsaufkommen, Stellenvakanzen aus Personalfuktuation im zuständigen Fachbereich und aus der abschließenden Bearbeitung von älteren Fällen. Ältere Fälle sowie Fälle mit einer sehr langen Bearbeitungszeit führten zu einer hohen durchschnittlichen Verfahrensdauer, obwohl durchschnittliche Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis schnell abgearbeitet wurden.
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_008	Zugänge von Personen im ungesicherten Aufenthalt nach Hamburg	Anzahl	5.000	4.780	Der Planwert von Personenzugängen im ungesicherten Aufenthalt nach Hamburg wurde nahezu erreicht.
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_009	Durchschnittliche Belegung der Erstaufnahmeeinrichtungen	Anzahl	1.250	2.621	Die Ursache für die Abweichung des Kennzahlenwertes zum Planwert liegt in der Zahl von Überresidenen in Erstaufnahmeeinrichtungen.

## Änderungen von Kennzahlenwerten aufgrund der Flüchtlingsentwicklung (2018)

Behörde / Amt	Epl.	PG	Nr. in Drs. 21/1395	Kennzahlenwerte					Erläuterung
				Kennzahl (Nummer)	Kennzahl (Bezeichnung)	Einheit	Plan	Ist	
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_010	Vorbereitete Rückführungen	Anzahl	1.000	1.695	Die Steigerung des Kennzahlenwertes gegenüber dem Planwert ergibt sich aus vermehrten Vorbereitungen von Rückführungen (insbesondere in die Balkanstaaten). Hintergrund hierfür ist zum einen eine Personalaufstockung in diesem Bereich und zum anderen veränderte gesetzliche Vorgaben sowie politische Schwerpunktsetzungen.
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_011	Rückführungen	Anzahl	750	1.076	Die Steigerung des Kennzahlenwertes gegenüber dem Planwert ergibt sich aus vermehrten Rückführungen (insbesondere in die Balkanstaaten). Hintergrund hierfür ist zum einen eine Personalaufstockung in diesem Bereich und zum anderen veränderte gesetzliche Vorgaben sowie politische Schwerpunktsetzungen.
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_013	davon überwachte freiwillige Ausreisen mit Grenzüberschreitung (GÜB)	Anzahl	450	538	Der Planwert von überwachten freiwilligen Ausreisen mit GÜB wurde im Rahmen der erhöhten Anzahl an Rückführungen übertroffen.
BIS / Amt E	8.1	274.03	2.1	B_274_03_012	Kosten pro Rückführungen	Euro	3.000	9.756	Die Kostensteigerung begründet sich insbesondere durch die Nutzung und bauliche Erhöhung des Ausreisegewahrsams am Flughafen Hamburg zur Rückführungseinrichtung.

## Leistungen des Bundes (2018)

Leistungen des Bundes (Nr. 1 d i)						
Behörde / Amt	Epl.	AB/PG	Betrag (Tsd. Euro)	Fläche / Einrichtung	Liegenschaften des Bundes (Nr. 1 d i)	Verwendungszweck (Art und Dauer unentgeltlich bereitgestellter Flächen und Liegenschaften)
BASF1 / SI	4	253.03	0	Fläche Notkestraße 25 (Altona / Bahrenfeld)		Verfügbar ab 03/2015 bis 12/2021; akt. Status: in Betrieb als öffentlich-rechtliche Unterbringung (Folgeunterkunft). Bei der Fläche handelt es sich um an DESY überlassenes Eigentum des Bundes, das von der Universität von 2015 bis Ende 2021 an FHH überlassen wurde und ggf. ab 2022 wieder für Forschungsprojekte genutzt werden soll. Gemäß Bürgervertrag Lurup-Osdorf-Bahrenfeld endet die Nutzung der Unterkunft spätestens am 31.12.2020. Danach wird die Unterkunft zurückgebaut.
BASF1 / SI	4	253.03	0	Fläche Blomkamp 61 (Baufeld B) (Altona / Osdorf)		Verfügbar ab 07/2015 bis 06/2020; akt. Status: in Betrieb als öffentlich-rechtliche Unterbringung (Folgeunterkunft). Das Grundstück steht nur für insgesamt 5 Jahre vom Bund mietfrei zur Verfügung. Der Vertrag läuft seit 1. Juli 2015. Gemäß Bürgervertrag Lurup-Osdorf-Bahrenfeld endet die Nutzung der Unterkunft spätestens am 31.12.2020.
BASF1 / SI	4	253.03	0	Fläche Blomkamp 61 (Baufeld A) (Altona / Osdorf)		Verfügbar ab 07/2015 bis 06/2020; akt. Status: in Betrieb als öffentlich-rechtliche Unterbringung (Folgeunterkunft). Das Grundstück steht nur für insgesamt 5 Jahre vom Bund mietfrei zur Verfügung. Der Vertrag läuft seit 1. Juli 2015. Gemäß Bürgervertrag Lurup-Osdorf-Bahrenfeld endet die Nutzung der Unterkunft spätestens am 31.12.2020.
BASF1 / SI	4	253.03	0	Fläche Sinstorfer Kirchweg 28 (Harburg / Sinstorf)		Verfügbar ab 10/2015 bis 08/2021; akt. Status: in Betrieb als öffentlich-rechtliche Unterbringung (Folgeunterkunft).
BASF1 / SI	4	253.03	0	Fläche Malenweg 77 a-f (Nord / Alsterdorf)		Verfügbar ab 05/2016 bis 04/2021; akt. Status: in Betrieb als öffentlich-rechtliche Unterbringung (Folgeunterkunft). Das Grundstück steht nur für insgesamt 5 Jahre vom Bund mietfrei zur Verfügung. Der Vertrag läuft seit Mai 2016.
BASF1 / SI	4	253.03	0	Gebäude Sieker Landstraße 11 - Zollwohnhelm (Wandsbek / Rahstedt)		Verfügbar unbefristet, akt. Status: in Betrieb als öffentlich-rechtliche Unterbringung (Folgeunterkunft).

## Leistungen des Bundes (2018)

Sonstige Unterstützungsleistungen des Bundes (Nr. 1 d ii)				
Behörde / Amt	Epl.	AB/PG	Betrag (Tsd. Euro)	Art der Leistung
BASF / SI	4	253.02	207	Zuschuss der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für die Herrichtung des bundeseigenen Gebäudes Stieker Landstraße/ Zollwohnheim (VuBu-Nr: 2178280).
				investiv
Verwendungszweck (Art und Umfang unentgeltlicher personeller und materieller Unterstützung)				

Finanzielle Leistungen des Bundes (Nr. 1 d iii u. iv)				
Behörde / Amt	Epl.	AB/PG	Betrag (Tsd. Euro)	Verwendungszweck
BASF / SI	4	253.02	225	Neuertes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch - Rechtsvereinfachung - sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht (hier § 65 SGB II)
BASF / SI	4	253.02	33.084	"Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen" vom 01.12.2016 (Bundesbeteiligung nach § 46 Abs. 9 SGB II.).
BSW	6.1	287.11	21.970	Sozialer Wohnungsbau: Kompensationsmittel gem. Entflechtungsgesetz
FB	9.2	283.01	31.000	Zahlung gem. Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz für Kosten im Zusammenhang mit der Aufnahme von Asylbewerbern, Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und die Verbesserung der Kinderbetreuung.
FB	9.2	283.01	40.000	"Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen" vom 01.12.2016. Spitzabrechnung der im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes bereitgestellten Mittel.
FB	9.2	283.01	50.000	"Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen" vom 01.12.2016. Bereitstellung einer Integrationspauschale.